

praxisnah

1 + 2/2009
Verband
medizinischer
Fachberufe e.V.
ZKZ 14751

Muslimische Patienten

Im Dialog der Kulturen

+++ Aus dem Verbandsleben +++ Tarifabschluss für TFA +++ Laborreform +++ EBM 2009 +++
Gesunder Speichel +++ Tierbestattungen +++ Ausbildungsvergütungen +++ Überstunden +++

TitelInterkulturelle Kompetenz
kann erlernt werden

Seite 28

**Berichte**Aus dem
Verbandsleben

Seite 13

**Berichte**Aus dem
Verbandsleben

Seite 14

**Veterinärmedizin**Am Ende
eines Tierlebens

Seite 22

Editorial 3**Nachrichten**

GOZ-Entwurf: Völlig unzulässig 4

Rezepte rechnen mit größeren Portionen 5

Berichte aus dem Verbandsleben

Fragen zur Beitragsordnung

Aktionen für mehr Entgeltgerechtigkeit 6

Tarifabschluss für TFA 7

Von AGNeS & Co 8

Bundeskongress 2009

Informationen aus dem Bildungsressort 9

BBA- und PA-Schulungen und -Termine 9

Gespräch im BMBF 10

Ihr Verband vor Ort 12

Im Gespräch mit Karin Diehl 15

Berufe in der Praxis**Humanmedizin:**

Neues zur Laborreform 18

Fehlerbericht Nr. 7 18

EBM 2009 19

Dentalmedizin:

Die zwei Seiten des Speichels 20

Neues von der eGK 21

Veterinärmedizin:

Am Ende eines Tierlebens 22

Termine für TFA 23

Ausbildung

Ausbildungsvergütungen 24

Azubi-Tage 2009 25

Recht

Überstunden 28

Titel

Interkulturelle Kompetenz 28

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 31**Kalender** 32**Beitrittserklärung** 34**Impressum****praxisnah** offizielles Organ des Verbandes
medizinischer Fachberufe e.V.**1. Vorsitzende:** Hannelore König**verantwortliche Redakteurin:** Heike Rösch**Redaktionsanschrift:** Schöne Aussicht 19,
65527 Niedernhausen

Tel.: 06127/70379-0, Fax: 06127/70379-9

E-Mail: pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss: S. Agus,
H. König, I. Herrmann, C. Magyar, B. März,
P. Müllerstedt, M. Plochberger, S. Rothe, M. Urban**Titelfoto:** © Kurt Duchatschek - Fotolia.com

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.

Druck und Vertrieb: Media-Print, Tausendruck
GmbH, Bernerstr. 111, 60437 Frankfurt/M,
Tel.: 0 69/95 09 05-0, Fax: 0 69/95 09 05-50.praxisnah ist auf umweltfreundlich chlorfrei
gebleichtem Papier gedruckt und erscheint
sechsmal im Jahr.**Verband medizinischer Fachberufe e.V.**Geschäftsstelle, Bissenkamp 12–16,
44135 Dortmund, Tel.: 02 31/55 69 59-0

Fax: 02 31/55 35 59

Internetadresse: <http://www.vmf-online.de>E-Mail: info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr

Fr.: 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Außerhalb der Telefonzeiten können Sie
auf unserem Anrufbeantworter Nachrichten und
Informationen rund um die Uhr loswerden.**Anzeigenverwaltung:** Geschäftsstelle,

Tanja Güse,

Tel.: 02 31/55 69 59-25, Fax: 02 31/55 35 59

Bankverbindung: Dortmunder Volksbank

BLZ 441 600 14, Kto.-Nr. 260 1600 000.

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich

berechnet. Einzelheft 3,80 Euro inkl. MwSt.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer
Fachberufe e.V. entgegengenommen.Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten.Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des
Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug
behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung
einzustellen und das Abonnement zu kündigen.Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon
unberührt.



Liebe LeserInnen,

2009 konzentrieren wir uns im ersten Halbjahr besonders auf die Auszubildenden in unseren Berufen. In Nord, Süd, Ost und West organisieren wir vier bundesweite Azubitage. Viele interessante Themen haben wir für unsere jungen Kolleginnen zusammengestellt und bewusst Berufsschulen als Veranstaltungsorte ausgewählt. Geben Sie die Informationen an Ihre Kolleginnen, die noch in der Ausbildung sind, weiter. Wir freuen uns über viele Teilnehmerinnen in Hannover, Augsburg, Berlin und Dortmund. Mehr Infos dazu finden Sie auf Seite 25 und auf unserer Homepage.

In der zweiten Jahreshälfte steht unser Bundeskongress im Vordergrund. Er ist gleich in mehrfacher Hinsicht eine Premiere: Noch nie in unserer Verbandsgeschichte haben wir zu einem Kongress im Norden eingeladen und noch nie fand er unter interdisziplinärem Dach statt. In Hannover heißt es nun „In Zukunft gemeinsam!“. Als Mitveranstalter konnten bereits der Landesverband Niedersachsen des Deutschen Hausärzterverbandes, die Hebammen, die Diätassistenten und die Angestellten in Apotheken gewonnen werden. Auch mit Zahn- und Tierärzten sind wir im Gespräch und hoffen, dass sie sich beteiligen. Die Schirmherrschaft hat Dr. Cornelia Goesmann, Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, übernommen.

Dass der Impuls zu diesem Kongress von uns ausgegangen ist, muss ich sicherlich nicht extra betonen. Wir wollen nicht nur unseren Kolleginnen, sondern auch den anderen Gesundheitsberufen eine breite Themenpalette bieten. Weitere Informationen finden Sie auf Seite 9, in den nächsten Ausgaben und auf un-

serer Homepage. Auf alle Fälle sollten Sie sich den Termin 18. bis 20. September 2009 im Hannover Congress Centrum in Ihren Kalender fest eintragen.

Weitere wichtige Termine in unserem Verbandsleben stehen im November an. Dann wird im Rahmen der Landeshauptversammlungen die Gebietsreform auf vier Landesverbände Nord, Süd, West und Ost umgesetzt. Um alle Synergieeffekte bei der Umsetzung länderübergreifend zu nutzen, finden im ersten Halbjahr gemeinsame Arbeitssitzungen der neuen Landesverbände statt.

Auch Sie können den Verband medizinischer Fachberufe e.V. mitgestalten. Nehmen Sie Ihre Mitbestimmungsrechte auf der Mitgliederversammlung in Ihrer Bezirksstelle wahr. Entscheiden Sie mit, welche Veranstaltungen stattfinden, ob ein Infotreff oder Stammtisch organisiert oder vor Ort ein Qualitätszirkel gegründet wird. Die Einladung zur Mitgliederversammlung kommt direkt per Post zu Ihnen nach Haus. Sie können Ihre Bezirksstellenleiterin wählen und, wenn Sie wollen, als Delegierte für die Landeshauptversammlung kandidieren. Damit nicht genug: Auf der Landeshauptversammlung können Sie den Weg ihres neuen Landesverbandes mitbestimmen, sich als Delegierte zur Bundeshauptversammlung wählen lassen und so auch die Arbeit auf Bundesebene mitgestalten.

Egal auf welcher Ebene Sie Ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen wollen, wir freuen uns ganz besonders auf Sie und auf neue Mitglieder! Denn die brauchen wir natürlich auch in diesem Jahr. Nutzen Sie die neue Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ auf der Rückseite, um Ihre Kollegin von den Leistungen unseres Verbandes zu überzeugen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein erfolgreiches Jahr 2009.

Hannelore König

1. Vorsitzende geschäftsführender Vorstand

GOZ-Entwurf: Völlig unzulänglich

Die deutsche Zahnärzteschaft und die deutsche Ärzteschaft lehnen den vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Referentenentwurf für eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) als „insgesamt völlig unzulänglich“ ab und fordern grundlegende Korrekturen. Im Rahmen einer außerordentlichen Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) wurde eine entsprechende Grundsatzzerklärung einstimmig verabschiedet. Der darin verkündeten Ablehnung des Entwurfs schloss sich die Bundesärztekammer (BÄK) an. Die Rückweisung war das Ergebnis einer knapp dreiwöchigen Analyse des GOZ-Entwurfs durch BZÄK, Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung, Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) sowie verschiedene Berufsverbände.

Auch die BÄK weist den Entwurf als unverkennbaren Versuch zurück, privatärztliche Gebührenordnungen denen der gesetzlichen Krankenversicherung anzugleichen, um so einer Einheitsversicherung den Weg zu bereiten.

In der Grundsatzzerklärung der BZÄK heißt es:

„Die Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer lehnt den vom Bundesministerium für Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf einer ‚Verordnung zur Änderung der GOZ‘ als insgesamt völlig unzulänglich ab. Der vorliegende Entwurf genügt weder fachlichen Kriterien, noch auch nur annähernd den betriebswirtschaftlichen Zwän-

gen in der Praxis. Die nach 21 Jahren überfällige Anpassung der GOZ an die Steigerung des allgemeinen Preisindex ist komplett unterblieben. Statt der längst überfälligen Anhebung der Honorierung führt der vorliegende Entwurf zu einer Absenkung. Das ist insgesamt für Patienten und die Zahnärzteschaft unzumutbar. Der Entwurf wird im Berufsstand keine Akzeptanz finden, wenn nicht mindestens folgende Forderungen erfüllt sind: Es müssen die betriebswirtschaftlich erforderlichen Rahmenbedingungen hergestellt werden, damit zahnärztliche Leistungen in der erforderlichen Qualität erbracht werden können.

Die Gebührenpositionen müssen den Inhalten der wissenschaftlichen Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahnheilkunde folgen.

Die ‚Öffnungsklausel‘ (§ 2a GOZ) muss ersatzlos gestrichen werden. Sie ist grundgesetz- und europarechtswidrig. Die Möglichkeit zur freien Vertragsgestaltung zwischen Patient und Zahnarzt muss wiederhergestellt werden.

Die Verankerung der Mehrkostenregelung des SGB V in der GOZ muss aus fachlichen und rechtssystematischen Gründen ersatzlos gestrichen werden.

Der Verordnungsgeber ist nach dem Gesetz über die Ausübung der Zahnheilkunde ausdrücklich verpflichtet, den berechtigten Interessen auch der Zahnärzte Rechnung zu tragen. Der vorliegende Referentenentwurf verletzt diese Verpflichtung in eklatanter Weise.“

Aufstiegsstipendien sind stark gefragt

Über 2.700 berufserfahrene Frauen und Männer haben sich in der ersten Auswahlrunde um ein Aufstiegsstipendium des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beworben. Damit wurden die Erwartungen weit übertroffen. Bis Ende 2009 ist zunächst die Aufnahme von 1.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten geplant.

Für Studierende im Vollzeitstudium beträgt das Stipendium 650 Euro sowie 80 Euro Büchergeld im Monat. Zusätzlich wird eine Kinderbetreuungspauschale (113 Euro für das erste Kind, jeweils 85 Euro für jedes weitere) gewährt. Die Stipendien müssen nicht zurückgezahlt werden. Stipendiatinnen und Stipendiaten, die in einem berufsbegleitenden Studiengang studieren, erhalten jährlich 1.700 Euro für Maßnahmekosten (Infos unter www.aufstieg-durch-bildung.info). Beim Bildungsgipfel am 22. Oktober hatten die Bundesländer zudem beschlossen, sich auf gemeinsame Mindestanforderungen für den Studienzugang beruflich Qualifizierter, die keine schulische Hochschulzugangsberechtigung besitzen, zu verständigen.

Bislang unterscheiden sich die Regelungen etwa hinsichtlich der erforderlichen beruflichen Qualifikation.

Vorsicht, Fuchsbandwurm

Beim Menschen nimmt die Infektion mit dem Kleinen Fuchsbandwurm, *Echinococcus multilocularis*, zu. In Deutschland liegen die offiziellen Fallzahlen bei 15 bis 31 pro Jahr, Experten des Robert-Koch-Instituts schätzen die tatsächliche Zahl jedoch auf das Dreifache. Der Wurm kann durch Hunde und Katzen übertragen werden. Er besiedelt dann den Darm der Haustiere, seine Eier werden mit dem Stuhl ausgeschieden. Schnüffeln Hunde oder Katzen am Kot, können Wurmeier am Fell haften bleiben. Beim Schmusen mit dem Tier gelangen diese dann zum Menschen. Der Mensch ist ein Fehlwirt des Fuchsbandwurms. Bei ihm wird die Leber von den Larven befallen. Um dem vorzubeugen sollten Hund und Katze regelmäßig entwurmt werden. Die europäische, veterinärparasitologische Organisation ESCCAP hat (wie bereits berichtet) entsprechende Empfehlungen veröffentlicht.

wwwweb-Tipps

- Eine besondere Antwort auf Chancengleichheit im Erwerbsleben zeigt ein Video auf www.schluss-mit-dem-unsinn.de
- KBV, Bundesärztekammer und das von ihnen gegründete Ärztliche Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) haben ihr Portal www.patienten-information.de neu gestaltet.
- www.embryotox.de wendet sich Fragen zur Arzneimittelanwendung für schwangere und stillende Frauen zu.

Kastrationspflicht für freilaufende Katzen

Freilaufende Katzen müssen in Paderborn kastriert werden, damit sie sich nicht weiter unkontrolliert vermehren. Gleichzeitig hat Paderborn als erste Stadt bundesweit auch eine Pflicht zur Tätowierung von freilaufenden Katzen eingeführt. Betroffen sind alle Katzenbesitzer, die ihren Haustieren Auslauf ins Freie gewähren und Personen, die verwilderte oder streunende Katzen füttern. Auf Antrag gibt es Ausnahmen nur für Züchter oder Landwirte. Katzenmütter bringen in der Regel zweimal im Jahr vier bis sechs Junge zur Welt. Streunende Tiere leiden häufiger unter Seuchen, Katzenschnupfen, Atemnot und Blindheit.

Im Notfall: ICE

Bei Straßenunfällen haben die meisten Verwundeten ein Mobiltelefon bei sich. Allerdings ist es für Helfende nicht möglich, aus den langen Listen diejenigen herauszufinden, die im Notfall benachrichtigt werden müssen.

Retter und Ambulanzfahrer schlagen deshalb vor: In den Kontakten sollte vor wichtigen Adressen ein „ICE“ (= In Case of Emergency) eingetragen werden. Dieses international anerkannte Pseudonym macht es Polizei, Feuerwehr und erster Hilfe einfacher, die Personen anzurufen, die im Notfall informiert werden müssen. Bei mehreren Personen kann mit ICE1, ICE2, ICE3 usw. durchnummeriert werden.

Schulzeiten zählen für Rente

Der Besuch einer allgemeinbildenden Schule, einer Fachschule, einer Fachhochschule oder einer Hochschule sowie die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme werden ab dem 17. Geburtstag insgesamt mit bis zu acht Jahren als Anrechnungszeiten in der Rentenversicherung berücksichtigt. Diese Zeiten sollten daher bei einer Kon-

tenklärung, spätestens aber im Rentenanspruch, nachgewiesen werden können.

Anrechnungszeiten zählen bei der Erfüllung von Wartezeiten. Schulzeiten können zu einer besseren Bewertung von beitragsfreien Zeiten führen. Weitere Informationen beim kostenlosen Service-Telefon der Deutschen Rentenversicherung: 08 00 10 00 48 00.

- Seit Dezember gibt es neue Gefahrenkennzeichnungen auf Verpackungen. Das Bundesinstituts für Risikobewertung hat dazu auf www.bfr.bund.de unter „Publikationen/Merkblätter für Verbraucher“ eine Information zur Verfügung gestellt.
- Das Robert-Koch-Institut berichtet im „Epidemiologischen Bulletin“ (www.rki.de, 35, 2008, 295) über zehn Salmonelleninfektionen bei Kindern. Alle hatten Kontakt zu Reptilien.

Trauer um Hans Geiger

Am 6. Dezember ist Hans Geiger im Alter von 58 Jahren tödlich verunglückt. Der Bundesvorstand des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V. erklärte dazu: Wir sind tief bestürzt über den plötzlichen Tod von Hans Geiger, der als Mitglied des Vorstandes der Deutschen Ärzteversicherung AG maßgeblich an der Einführung und Umsetzung der betrieblichen Altersvorsorge für Mitarbeiterinnen in Arzt-, Zahnarzt- und Tierarztpraxen beteiligt war. Er war uns bis zum Tag seines Unfalls ein zuverlässiger und hochgeschätzter Partner. Wir sind ihm zu Dank verpflichtet. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Empfehlungen zur Fluoridaufnahme

Die Informationsstelle für Kariesprophylaxe (IfK) des Deutschen Arbeitskreises für Zahnheilkunde e.V. (DAZ) hat aktuelle Empfehlungen zur Fluoridaufnahme für Säuglinge und Kinder bis sechs Jahre ausgesprochen.

Die Übersichtstabelle ist auf www.kariesvorbeugung.de abrufbar. Dabei wurde die empfohlene tägliche Fluoridmenge der Aufnahme durch Nahrung, Wasser, fluoridhaltige Zahnpasta, Jodsalz mit

Fluorid und Fluoridtabletten gegenübergestellt. Die Kombination von fluoridhaltiger Zahnpasta mit fluoridiertem Speisesalz erreicht in fast allen Altersgruppen eine hohe kariespräventive Wirkung.

Bei Zufuhrmengen von täglich mehr als 50 bis 70 µg Fluorid pro kg Körpergewicht besteht jedoch bis zum Alter von sechs Jahren die Gefahr der Fluorose. Diese äußert sich in weißen bis braunen Verfärbungen auf der Zahnschmelzoberfläche.

Rezepte rechnen mit größeren Portionen

Nicht nur in Restaurants sind die Portionen größer geworden, sondern auch in Kochbüchern. Zu diesem Ergebnis kommen amerikanische Forscher. Bisher verbanden Ernährungsexperten Gewichtszunahme mit einem vermehrten Außer-Haus-Verzehr von XXL-Portionen. Die Studie weist nun darauf hin, dass auch die Portionsgröße und die Zugabenliste kritisch betrachtet werden sollte. So ist die durchschnittliche Kalorienmenge einer Portion von 268 Kalorien im Jahr 1936 auf 436 Kalorien im Jahr 2006 gestiegen. Die Forscher hatten in sieben Ausgaben eines bekannten Kochbuches „The Joy of Cooking“ von 1936 bis 2006 18 vergleichbare Rezepte wie Gulasch, Brownies, Apfelkuchen, unter die Lupe genommen.